

# Mit einem Bürgerhaushalt für Politik begeistern

## Die ÖDP stellt ihre Themen und Visionen vor – Einige wurden bereits verwirklicht

Von Bettina Dostal

**Regensburg.** Die ÖDP-Fraktion im Stadtrat hat viel vor, das sieht man an den gelben Kärtchen, einiges erreicht, das sind die grünen Kärtchen und vieles wurde abgelehnt, das ist dann rot. Dann gibt es noch die blauen Kärtchen. Das sind Anträge, die von der Stadt gerade geprüft werden.

Die drei Stadtratsmitglieder Benedikt Suttner, Astrid Lamby und Joachim Graf stellten zusammen mit ihrem Assistenten Hannes Eberhardt am Mittwochnachmittag in einer Journalistenrunde recht anschaulich dar, wie sie das Jahresthema „zukunftsfähige Stadtraumgestaltung“ in den verschiedenen Bereichen umsetzen. Und zeigten auch, wie die einzelnen Themen miteinander vernetzt sind. Das markierte Lamby mit einem Strich zwischen den Kärtchen. Am Schluss ergab sich ein übersichtliches Bild. „ÖDP-Anträge sind früher grundsätzlich abgelehnt worden“, sagt Lamby. Manche wurden später von einer anderen Partei wieder aufgenommen.

### **Neue Wohnkonzepte mit sozialen Begegnungsstätten**

Inzwischen habe sich das geändert. Dank der fairen Sitzungsleitung von Bürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer und weil sich die ÖDP vorher mit den anderen Fraktionen abspreche. Es sei sinnvoll, einen Antrag offen zu formulieren, damit der Stadtverwaltung Auslegungsspielraum bleibe. „Viele Anregungen kommen von den Bürgern“, sagt Lamby. Deshalb sei es gut, immer im Kontakt zu sein.

Im Bereich des Wohnbaus müsse klar die begrenzte verfügbare Fläche in der Stadt gesehen werden, sagt Suttner. Gewerbebauten sollten deshalb mehrgeschossig errichtet werden. Über einem Supermarkt könnten auch Menschen wohnen.



Hannes Eberhardt, Benedikt Suttner, Astrid Lamby und Joachim Graf sprachen über ihre politische Arbeit.

Foto: bdi

Viel Baugrund sei inzwischen vergeben worden. Künftig sollte die Stadt Flächen nur noch als Erbbaurecht abgeben, damit sie weiterhin im Besitz bleibt. „Genossenschaften sollten gefördert werden, das garantiert langfristig stabile Mietpreise.“

Bei Nachverdichtungen müsse man den bisherigen Anwohnern einen zusätzlichen Nutzen bieten. Das könne ein Schwimmbad sein, oder zusätzliche Freizeitmöglichkeiten. Damit werde die Akzeptanz gesteigert. Die Stadtbau GmbH müsse finanziell besser ausgestattet werden. Zwischen zehn und zwölf Millionen Euro müssten das sein, damit mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann. „Die Stadtbau darf nicht als Wirtschaftsunternehmen gesehen werden“, sagt Suttner.

Die ÖDP stellt sich neue Wohnkonzepte mit sozialen Begegnungsräumen vor. In denen Platz für Vereine oder nachbarschaftliche Projekte ist. Dazu gehört auch die Idee, Märkte in den Stadtteilen auszubauen. Ein Ort, an dem man sich

trifft. Die steht bisher auf einer gelben Karte. Der Antrag muss noch formuliert werden.

### **Am Bahnhof wird es eine Fahrradgarage geben**

Ein Wohnprojekt, das die Stadt selbst entwickelt, wird auf der Fläche der ehemaligen Prinz-Leopold-Kaserne entstehen. „Wir warten täglich, dass die Koalition liefert“, sagte Suttner. Rechnet aber nicht mehr in diesem Jahr mit einer Vorlage im Stadtrat.

Ein wenig anstoßen konnte die ÖDP im Stadtrat Maßnahmen, die eine Entlastung im Straßenverkehr bewirken. So prüft die Stadt die Verkehrsberuhigung des Domplatzes. In der Prüfeningerstraße wird die Stadtverwaltung mit einfachen Mitteln die Situation für Radler verbessern. An der Continental-Arena wird es P+R-Parkplätze geben. Erfolg hatte die Fraktion mit ihrer Forderung, in dem Gebäude am Bahnhof am Fuß der Galgenbergbrücke eine Fahrradgarage ein-

zurichten. Nicht durchsetzen konnte sie sich mit einem Antrag zur völligen Verkehrsberuhigung des Bereiches um das neue Museum der Bayerischen Geschichte. Oder der Forderung nach autofreien Sonntagen. Mit der Idee, in bestimmten gefährlichen Straßenbereichen „Tempo 30-Zonen“ einzurichten könne sich die Stadt immer mehr anfreunden, meint Lamby.

Eine visionäre Idee ist ein „Bürgerhaushalt“, den es in Potsdam schon lange gibt und der in Schwandorf kürzlich eingeführt wurde. Die Stadt stellt eine bestimmte Summe für Projekte der Bürger zur Verfügung, erklärt Lamby. Die Anregungen kommen aus der Bevölkerung. Sie werden von den Bürgern diskutiert und von der Stadtverwaltung auf ihre Machbarkeit geprüft. Letztlich stimmen die Bürger darüber ab. Das könne eine Motivation sein, sagt Lamby, sich in die politische Diskussion einzubringen und längerfristig zu engagieren. Auch diese Idee wird sich auf einem gelben Kärtchen wiederfinden.